

Brandenburg-Preußen. Die politischen Testamente der Hohenzoller als religiöse Programme

von Petra Tabarelli (Magister Mittlere & Neuere Geschichte)

1. Einleitung

Seit dem 16. Jahrhundert verfassten Landesherren neben ihren persönlichen, privaten Testamenten auch so genannte politische Testamente. Diese waren an den Nachfolger des jeweiligen Landesherrn gerichtet und unterrichteten ihn über die innenpolitische und außenpolitische Lage des Landes sowie über Besonderheiten und Wünsche des Landesherrn.

In dieser Arbeit dienen die politischen Testamente des 17. und 18. Jahrhunderts der brandenburgisch-preußischen Kurfürsten bzw. Könige Friedrich Wilhelm, Friedrich III./I., Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. als Quellengrundlage.

Das Kurfürstentum Brandenburg-Preußen wurde 1618 gegründet, entstand aus dem Kurfürstentum Brandenburg und dem Herzogtum Preußen und wurden von den Hohenzollern regiert. Das hohenzollernsche Geschlecht stammte ursprünglich aus dem schwäbischen Raum, bekam 1192 das nürnbergische Burggrafamt. 1411 erhielt der nürnbergische Burggraf Friedrich VI. zusätzlich die Mark Brandenburg und wurde somit Markgraf von Brandenburg. 1415 verlieh ihm der Kaiser Sigismund von Luxemburg die Kurwürde für die Mark Brandenburg verliehen. Hauptwohnsitz des neuen Kurfürsten von Brandenburg blieb aber zunächst Nürnberg. Erst sein Enkel Johann Cicero zog 1486 nach Brandenburg und bestimmte Berlin-Cölln als seine neue Residenz.

Die Hohenzollern des 16. Jahrhunderts waren ein kaisertreues und erzkatholisches Geschlecht. Der brandenburgische Kurfürst Joachim war der Bruder und Gefolgsmann des Mainzer Kurfürsten und Reichskanzlers Albrecht, der mit dem von ihm inszenierten Ablasshandel beim aufgeklärten Klerus auf Widerstand stieß. Luther protestierte mit der Veröffentlichung seiner Thesen auch gegen seinen eigenen Landesherrn und dessen Unterstützung der Mauscheleien seines Bruders. Beide Kurfürsten wurden zu erbitterten Gegnern Luthers. Interessant ist, dass die Frau von Kurfürst Joachim I. 1527 floh, als sie zum Luthertum konvertierte. Die Zeichen standen auf Umbruch und es war sein Sohn, Joachim II., der Luther schätzen lernte¹ und am 1. November 1533 zum Luthertum konvertierte.² Verbunden war dies mit weltlichen Vorteilen, denn die damit verbundene Übertragung kirchlicher Ländereien in weltlichen Besitz, ließ den Kurfürsten zum bedeutendsten Grundbesitzer in der Mark werden. Ein

¹ Vgl. Kroll, Frank-Lothar: Das geistige Preußen. Zur Ideengeschichte eines Staates. Paderborn, 2001. S. 72.

² Vgl. Lackner, Martin: Die Kirchenpolitik des Großen Kurfürsten. Witten, 1973. S. 23.

großer Vorteil in der Auseinandersetzung mit den Landständen führte so in den folgenden Jahrhunderten allmählich zu einer weiteren Stärkung der kurfürstlichen Unabhängigkeit. Seine Nachfolger in der Landesherrschaft blieben gläubige Lutheraner. Erst Johann Sigismund, der sich bei den brandenburgischen, reformierten Städten am Rhein beliebt machen wollte, konvertierte 1613 zum Calvinismus. Nach den Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens hätte die brandenburgische Bevölkerung nun eigentlich den reformierten, calvinistischen Glauben übernehmen müssen. Doch diese wandte sich vehement gegen die Übernahme der neuen Konfession ihres Landesherrn, denn sie sah keinen wesentlichen Unterschied zwischen Katholizismus und Calvinismus. So beließ Johann Sigismund schließlich seiner Bevölkerung ihre Konfession und begründete damit den Toleranzgedanken von Brandenburg-Preußen für die verschiedenen protestantischen Richtungen. Fünf Jahre später erfolgte die Vereinigung des Kurfürstentums Brandenburg mit dem Herzogtum Preußen.

Das Herzogtum Preußen war durch die Säkularisierung des ehemaligen Deutschordenlandes entstanden, nachdem der letzte Hochmeister des Deutschen Ordens in Preußen, der Hohenzoller Albrecht von Brandenburg-Ansbach³, im Jahre 1525 zum lutherischen Glauben übergetreten war. Da dessen Sohn Albrecht Friedrich, ein Vater von fünf Töchtern, als geisteskrank galt, zog einer der Schwiegersöhne, der Kurfürst Joachim Friedrich von Brandenburg und Vater von Johann Sigismund, die Regentschaft an sich. Johann Sigismund heiratete ebenfalls eine der fünf Töchter Albrechts Friedrichs und regierte nach dem Tod seines Schwiegervaters auch offiziell in Personalunion über beide Länder.

Da Preußen zum Königreich Polen gehörte, wurde Johann Sigismund damit auch Lehensmann des polnischen Königs.

Im Dreißigjährigen Krieg verhielt sich Brandenburg-Preußen zunächst neutral, pendelte dann aber zwischen den Bündnissen mit dem Ziel, dass dem Gebiet möglichst wenig Schaden entstand. Doch dies misslang größtenteils und der Krieg forderte auch hier seine Opfer und entvölkerte viele Landstriche. In dieser Zeit kam 1640 der so genannte Große Kurfürst, Friedrich Wilhelm, an die Regierung.

Sein politisches Testament und das seiner drei Nachfolger sehen im Fokus dieser Arbeit. Mein Schwerpunkt liegt dabei auf der Religiosität der jeweiligen Herrscher und inwieweit diese ihr Leben, Handeln und Denken beeinflusst hat.

³ Vater von Albrecht Friedrich.

2. Konfessionen im Heiligen Römischen Reich im 16. und 17. Jahrhundert

Das Heilige Römische Reich stützte sich auf den Katholizismus. Durch die Reformideen Luthers bildeten sich neue Konfessionen wie das Luthertum und der Calvinismus. Nach der Verkündigung der Thesen Luthers kam es im Reich zu diversen Auseinandersetzungen zwischen den Anhänger der verschiedenen Konfessionen. 1555 wurde im Augsburger Religionsfriede eine vorläufige Regelung gefunden: Der Landesherr bestimmte die Konfession seines Landes, der alle Untertanen zu folgen hatte. Zudem wurde durch die Confessio Augustana das Luthertum als Konfession anerkannt und sicherte den Anhängern Frieden und ihre Besitzstände.

Doch der Friede von Augsburg währte nicht lange. Calvinisten und Lutheraner gehörten den protestantischen Strömungen des 16. Jahrhunderts an. Beide Konfessionen waren ursprünglich von den Initiatoren als Reformationsmodelle der katholischen Kirche gedacht, führten aber dann doch zur Abspaltung von Rom. Doch auch zwischen den beiden protestantischen Konfessionen kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Kernpunkt war die so genannte Wahrheit der reinen und christlichen Lehre in ihren beiden Streitpunkten Abendmahl und Prädestinationslehre. Letztere besagt, dass schon vor der Geburt entschieden ist, wer von Gott auserwählt ist und wer nicht. Diese Erwählung werde bereits durch den Erfolg im Leben sichtbar. Deshalb sind Reformierte besonders arbeitsame Menschen, die nach Erfolg streben, da diese die sichtbare Erwählung Gottes auf Erden ist.

Beim Abendmahl hielt Luther an der Lehre der so genannten Realpräsenz fest, die aus dem Katholizismus stammt. Diese besagt, dass in Brot und Wein der Leib und das Blut Christi immer gegenwärtig sind. Der Calvinismus dagegen lehrte, die Hostie und Wein lediglich als Symbol für den Leib und das Blut Christi zu sehen sind. Die Abendmahlfeier wurde zu einer Gedächtnisfeier. Für die konfessionelle Frage wurde im Westfälischen Frieden von 1648 das Jahr 1624 als so genanntes Normaljahr festgelegt. Das bedeutet, dass die zu diesem Zeitpunkt bestehenden Konfessionen der Länder als geltend betrachtet wurden, aber es den Untertanen auch erlaubt war, ihre Religion unabhängig von der Konfession des Landesherrn zu wählen.

3. Die Religion in den Testamenten der brandenburgisch-preußischen Herrscher und ihre Auswirkungen

3.1. Kurfürst Friedrich Wilhelm

Friedrich Wilhelm war Calvinist und kam 1640, während des Dreißigjährigen Krieges an die Macht. Er ließ direkt nach seinem Regierungsantritt mehrere Memoranden erstellen, die die Wichtigkeit einer schlagkräftigen Armee größte Priorität zusagten, da ohne dieses Heer das brandenburgisch-preußische Kurfürstentum nicht in der Lage gewesen wäre, aktiv eigene Politik zu betreiben.⁴

Schon zu Lebzeiten seines Vaters unternahm er 16jährig eine Bildungsreise in die Niederlande. Das dortige fortschrittliche Staatswesen, das auf kulturellem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet in Europa führend war⁵, beeinflusste ihn tief und nachhaltig.⁶ Er heiratete die oranische Prinzessin Luise Henriette und schenkte ihr das Amt Bützow, das sie nach niederländischem Vorbild und mit Unterstützung von niederländischen Kolonisten zu einem Mustergut verwandelte, das ihr zu Ehren den Namen „Oranienburg“ erhielt.⁷

Politisch vertrat der Kurfürst einen gemäßigten Absolutismus, der keine Absichten zur Eroberung fremder Länder erkennen ließ, aber deutlich machte, dass alle Macht vom Herrscher ausginge. Jedoch prägte vor allem die Prädestinationslehre sein Leben. Er war überzeugt, ein Auserwählter Gottes zu sein, bestimmt, Brandenburg-Preußen zu leiten. Für die Erlangung der ewigen Seligkeit kam es für ihn entscheidend auf den rechten Glauben an. Im Politischen Testament von 1667 legte er daher seinem Nachfolger die Vorzüge der calvinistischen Konfession nahe.⁸

„die Reformirte Religion, welche auff das wahre wortt Gottes, vndt auff die Simbola der Apostellen allein gegründet, vndt ohne Menschen zusatz ist, In allen Eweren Landen moge vortgepflantzet werden.“⁹

Er war davon überzeugt, dass auch seine Nachfolger Prädestinierte sein würden, geboren, das Land zu regieren. Er mahnte seine Nachfolger, sich dieser Auserwählung entsprechend zu verhalten, immer im Sinne Gottes zu handeln und ihm für seine Wohltaten zu danken.¹⁰

⁴ Vgl. Koch, Hannsjoachim W.: Geschichte Preußens. München, 1980. S.72.

⁵ Vgl. Lackner, Martin: Die Kirchenpolitik des Großen Kurfürsten. Witten, 1973. S. 64-65.

⁶ Vgl. Koch, Hannsjoachim W.: Geschichte Preußens. München, 1980. S. 69.

⁷ Vgl. Nachama, Andreas: Preußische Köpfe. Der Große Kurfürst. Berlin 1989. S.40. Sie pflanzten zum Beispiel die Kartoffel als Kulturpflanze.

⁸ Vgl. Gericke, Wolfgang: Glaubenszeugnisse und Konfessionspolitik der brandenburgischen Herrscher bis zur preußischen Union 1540 bis 1815. Bielefeld, 1977. S. 37-38.

⁹ Zit. nach: Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. Politisches Testament Kurfürst Friedrich Wilhelm, Cölln a. d. Spree, 19. Mai 1667. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. Absatz 181.

¹⁰ Vgl. Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. S. 35.

Sein Nachfolger solle dreimal täglich zu Gott beten und um Weisheit, Verstand und Beistand bitten, um so seinem Volk mit gutem Beispiel voranzugehen. Zudem soll er Gott für sein Volk und sein Land danken, dass er besitzt.¹¹

Der Thronfolger solle zwar die anderen Konfessionen dulden, aber beispielsweise trotzdem die Reformierten bei der Wahl der Räte bevorzugen.¹² Die Räte sollen neben der reformierten Religion staatskundig sein und zudem ehrbar und verschwiegen.¹³

„nemlich das es solche leutte sein sollen, so solche qualitet haben, das Sie zuforders Gott furchten, vndt dem geitze von hertzen feindt, vber dehm verschwigen, eines erbahren lebens, aufrichtig gemuhtes, etwa Staadts kundig vndt Der Reformirten Religion sein.“¹⁴.

Indem der Kurfürst sein Testament mit der Bekräftigung seines Gottesglaubens und mit dem Bekenntnis zur Förderung der reformierten Religion eröffnete, machte er damit das religiöse, speziell die Lehre des Calvinismus zum Zentralmotiv des Testaments und zur Klammer für alle anderen Grundsätze staatlicher und kirchlicher Politik.¹⁵

Er war stets darauf bedacht, den Lutheranern entgegenzukommen. Auch Katholiken tolerierte er, betonte aber dabei, dass er ihnen nicht mehr Recht verschaffen würde, als es ihnen nach dem Westfälischen Frieden zugestanden werden müsse.

„Ewere von Gott vntergebene vntherthanen musset Ihr ohne ansehung der Religion als ein rechter landes Vatter lieben.“¹⁶.

Die Haltung des Kurfürsten zu den konfessionellen Problemen seiner Zeit kam während den Westfälischen Friedensverhandlungen deutlich zum Ausdruck. Er trat der katholischen Reaktion im Reich als Wahrer der gesamtprotestantischen Interessen entgegen und verwandte sich für die Gleichberechtigung der beiden evangelischen Konfessionen auf der Grundlage ihrer Einheit im evangelischen Bekenntnis.¹⁷

Bei den Bündnissystemen spielte die Konfession eine wichtige Rolle. Seine Meinung zu dem katholischen Frankreich war gespalten. Die deutschen Reichsfürsten versuchten es zu isolieren, aber Frankreich konnte sich Friedrich Wilhelms Neutralität sichern. Trotzdem argwöhnte

¹¹ Vgl. Oestreich, Gerhard: Friedrich Wilhelm. Der große Kurfürst. Göttingen, 1971. S. 67. Vgl. auch: Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. Politisches Testament Kurfürst Friedrich Wilhelm, Cölln a. d. Spree, 19. Mai 1667. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. Absatz 180.

¹² Vgl. Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. S.37.

¹³ Vgl. Oestreich, Gerhard: Friedrich Wilhelm. Der große Kurfürst. Göttingen, 1971. S. 69.

¹⁴ Zit. nach: Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. Politisches Testament Kurfürst Friedrich Wilhelm, Cölln a. d. Spree, 19. Mai 1667. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. Absatz 181.

¹⁵ Vgl. Lackner, Martin: Die Kirchenpolitik des Großen Kurfürsten. Witten, 1973. S. 104.

¹⁶ Zit. nach: Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. Politisches Testament Kurfürst Friedrich Wilhelm, Cölln a. d. Spree, 19. Mai 1667. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. Absatz 184.

¹⁷ Vgl. Lackner, Martin: Die Kirchenpolitik des Großen Kurfürsten. Witten, 1973. S. 70.

Friedrich Wilhelm, denn die französischen Ausdehnungspläne bedeuteten auch eine drohende katholische Restauration. Deshalb schloss Friedrich Wilhelm 1672 mit den englischen Niederlanden einen Vertrag, gegen Subsidien eine Armee von 20 000 Mann für den niederländischen Krieg gegen das verbündete Frankreich zu stellen. Friedrich Wilhelm blieb jedoch lange Zeit der einzige Verbündete der Niederlande, bis sich durch den Pfälzischen Erbfolgekrieg die Politik der anderen Länder änderte.¹⁸ Nach dem Pfälzischen Erbfolgekrieg näherten sich Brandenburg-Preußen und Frankreich 1679 wieder an und verhinderten so immer wieder eine Einheitsfront des Reiches gegen Frankreichs Eroberungen. Diese Nähe dauerte sechs Jahre bis zum Edikt von Nantes im Jahre 1685. Der französische König Ludwig XIV. verwehrte den Hugenotten, die calvinistischen Franzosen, die gleichen Rechte wie den katholischen Untertanen und verbot die Ausübung der Religion. Friedrich Wilhelm bot durch das Edikt von Potsdam seinen französischen Glaubensgenossen an, in Brandenburg-Preußen zu siedeln. Zusätzlich gewährte er diverse wirtschaftliche und religiöse Vorteile. Hierdurch kam es zum offenen Bruch mit Frankreich.¹⁹

3.2. Friedrich III./I.

Friedrich nannte sich einen Christen und wollte damit die Gleichheit aller christlichen Konfessionen bekunden.²⁰ Er erkannte nur eine Autorität in Glaubensdingen: die Bibel. Auslegungen von Theologen, selbst von Luther und Calvin, interessierten ihn nur sekundär.

Er vertrat offen die Meinung, dass sich Lutheraner und Calvinisten in den wesentlichen Punkten eigentlich nicht voneinander unterscheiden.²¹

„zum fünften hat mein Successor wol acht zu haben, was Er führ bedienten an nimt, und wan es möglich, daß sie ja von der reformierten religion sein. Ich meine aber damit nicht, daß die Lutteraner von allen bedienungen sollen gänzlich ausgeschlossen sein; dan ein Churfürst von Brandenburg allezeit zu reflectieren hat, daß seine meiste unterthanen Lutterisch sein und also sie nicht wol führbey gehen kann, und auch den lutterischen dem reformierten führ zu ziehen hat, wan er capabler ist wie der glaubensgenöße; seint sie aber gleich, so ist der reformierte führ zu ziehen und zu beneficiieren.“²²

Dennoch regelte er im gleichen religiösen Geist wie sein Vater, das Leben seiner Bevölkerung nach den calvinistischen Glaubensvorschriften, wie zum Beispiel das Arbeitsverbot an Feiertagen.²³ Er hielt er sich an das religiöse Vermächtnis seines Vaters und legte dieses Verhalten

¹⁸ Vgl. Oestreich, Gerhard: Friedrich Wilhelm. Der große Kurfürst. Göttingen, 1971. S. 73.

¹⁹ Vgl. Oestreich, Gerhard: Friedrich Wilhelm. Der große Kurfürst. Göttingen, 1971. S.79-80.

²⁰ Vgl. Heinrich, Gerd: Geschichte Preußens. Staat und Dynastie. Frankfurt am Main, 1981. S. 136.

²¹ Vgl. Frey, L. und M.: Friedrich I. Preußens erster König. Graz, 1984. S. 146.

²² Zit. nach: Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. Erste Ermahnung Kurfürst Friedrichs III. an seinen Nachfolger. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. Absatz 214.

²³ Vgl. Frey, L. und M.: Friedrich I. Preußens erster König. Graz, 1984. S. 146.

in seinem Testament auch wiederum seinem Nachfolger nahe.²⁴ Auch er begann sein Testament mit einem religiösen Bekenntnis.²⁵ Er war überzeugt, dass der Calvinismus der Glaube der Herrscher von Brandenburg-Preußen bleibt und seine Kinder und Enkel in diesem Glauben aufgezogen werden.²⁶ Dabei waren für Friedrich I. drei Punkte für die Glaubenserhaltung charakteristisch: Die Prädestination, die religiöse Toleranz gegenüber allen Konfessionen und die Union zwischen den beiden protestantischen Konfessionen, allerdings nicht als Einheit. So versuchte er immer wieder, Reformierte und Lutheraner zu versöhnen und zu einer Kirchenunion zusammenzuführen.²⁷ Damit war er allerdings seiner Zeit weit voraus, denn diese Kirchenunion fand in Preußen erst 1817 statt. In der Frage der Prädestination formulierte er allerdings nicht das eindringliche Erwählungs- und Sendebewusstsein seines Vaters. Gericke begründet dies mit seinem mangelnden Selbstbewusstsein.²⁸

In seiner zweiten Ermahnung von 1705 nimmt die Außenpolitik einen großen Stellenwert ein, die konfessionell bestimmt sein sollte. Brandenburg-Preußen sollte speziell mit Kursachsen, den Generalstaaten, Schweden und auch Dänemark gute Nachbarschaft pflegen.²⁹

1701 konnte er sich zum König in Preußen krönen, weil der preußische Teil außerhalb des Heiligen Römischen Reiches lag. Da sich aber nur Ostpreußen in brandenburgischem Besitz befand, konnte er sich lediglich zum König in Preußen und nicht zum König von Preußen krönen lassen. Für dieses lang geplante Ziel hatte er seine Finanzen in den Ruin getrieben, um mit den anderen Königshäusern mithalten zu können. Mit Kaiser Leopold fand er in einem günstigen Moment einen Verbündeten für die Erlangung der Königswürde. Die Akzeptanz der Kaisers war für die anderen europäischen Königshäuser ein wichtiges Zeichen zur Anerkennung durch die anderen europäischen Königshäuser. Doch auch der Kaiser Leopold I. zögerte vor der Krönung, denn er fürchtete einen Machtanstieg für die protestantischen Fürsten und versuchte noch, Friedrich zum Übertritt in den katholischen Glauben zu bewegen. Das war allerdings völlig illusorisch, denn Friedrich hatte nicht nur seinem Vater geschworen, dem

²⁴ Vgl. Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. S. 62.

²⁵ Vgl. Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. S. 59.

²⁶ Vgl. Gericke, Wolfgang: Glaubenszeugnisse und Konfessionspolitik der brandenburgischen Herrscher bis zur preußischen Union 1540 bis 1815. Bielefeld, 1977. S. 46.

²⁷ Vgl. Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. S. 67.

²⁸ Vgl. Gericke, Wolfgang: Glaubenszeugnisse und Konfessionspolitik der brandenburgischen Herrscher bis zur preußischen Union 1540 bis 1815. Bielefeld, 1977. S. 46.

²⁹ Vgl. Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. S. 60-61.

evangelischen Glauben treu zu bleiben, sondern hätte es sicher auch auf Grund seiner Überzeugung nicht getan.³⁰

3.3. Friedrich Wilhelm I.

Friedrich Wilhelm I. schien in vielerlei Hinsicht das Gegenteil seines Vaters gewesen zu sein. Doch wollte er letztendlich nicht alles anders machen, sondern vieles besser. Für ihn wog das Staatsinteresse stärker als die Meinung des Regenten. Dabei waren ihm die beiden evangelischen Konfessionen gleichwertig.³¹

„Wahs die Religion anlanget, so bin ich und werde mit Gottes hülfe Reformiret sehlich sterben, indeßen bin versicherdt, das ein Lutterischer, der dar gottsehlich wandeldt, eben so guht sehlich werde als die Reformirte“³².

Er war von der Prädestinationslehre, der universellen Gnadenlehre³³ und dem Halleschen Pietismus August Hermann Franckes geprägt. Franke lehrte den Pietismus mit seinen Idealen an den Schulen. Es waren die gleichen Ideale, mit denen Friedrich Wilhelm I. von Kindheit an aufwuchs.³⁴ Friedrich Wilhelm I. verstand sich ganz und gar als Herrscher durch Gottes Gnaden. Daher nahm auch in seinem Testament der Glaube eine entscheidende Rolle ein. Neben einem langen Beginn über das christliche Bekenntnis des Königs endet fast jeder Abschnitt mit der Ermahnung, ein gottgefälliges Leben zu führen. Die konfessionellen Einheitspläne seines Vaters verfolgte er nicht weiter, erklärte aber immer wieder, dass der Unterschied zwischen Lutheranern und Reformierten nur auf den Zankereien der Prediger beruhe und für ihn ein gläubiger Lutheraner einem Reformierten in der Bedeutung gleich sei.³⁵

„das ein Lutterischer, der dar gottsehlich wandeldt, eben so guht sehlich werde als die Reformirte und der unterseidt nur herrühre von die Prediger Zenckereien. Haltet dehrowegen Reformirte und Lutterahner in geleiche würde, tuet sie alle beide Religionen.“³⁶ „An alle Consistorien in euere Prowincen müßet Ihr scharf anbefehlen, das die Reformirte und Lutterahner auf den kancellen keine Contrawersen tractieren und absonderlich von der genadenwahl nichts davon tuchiren und sonsten auf den Kancellen nur blohs das reine wohrt Gottes Predigen und Keine Zenckereyen anfangen, sondern müßet Ihr ummer zu einigkeit der beyden Religionen zu bearbeiten trachten.“³⁷

³⁰ Vgl. Frey, L. und M.: Friedrich I. Preußens erster König. Graz, 1984. S. 68.

³¹ Vgl. Heinrich, Gerd: Geschichte Preußens. Staat und Dynastie. Frankfurt am Main, 1981. S. 180.

³² Zit. nach: Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. Instruktion König Friedrich Wilhelms I. für seinen Nachfolger, Potsdam, 17. Februar 1722. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. Absatz 234.

³³ Die Gnadenlehre besagt, dass Gott allen Menschen ohne Unterschied seine Gnade bietet und gewährt. Das bedeutet, dass man Gnade nicht besitzen kann. Sie wird einem verheißen.

³⁴ Vgl. Mast, Peter: Die Hohenzollern in Lebensbildern. Graz, 1988. S. 106.

³⁵ Vgl. Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. S. 72.

³⁶ Zit. nach: Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. Instruktion König Friedrich Wilhelms I. für seinen Nachfolger, Potsdam, 17. Februar 1722. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. Absatz 234.

Gleichzeitig ermahnte er die Prediger, sich nicht in weltliche Angelegenheiten zu mischen und nicht andere Konfessionen abzulehnen, sondern nur das Wort Gottes zu predigen und nichts anderes.³⁸

„Mein lieber Successor mus die Prediger in beyden Religionen nicht laßen sich in weltliche afferen mischen, den sie gerne in weltliche sachen sich misch und müßen kurtz gehalten werden.“³⁹.

Nur gegen Jesuiten hegte er eine große Abneigung und nannte sie zu vielem Bösen fähig.⁴⁰

Friedrich Wilhelms außenpolitisches Ziel bestand in der Wahrung und der Festigung von dem, was seine Vorfahren und er erreicht hatten. Deshalb flehte er 1722 in seinem Testament seinen Nachfolger an⁴¹, niemals einen ungerechten Krieg anzufangen, da Gottes Gericht scharf sei.

„Bettet zu Gott und fngt niemahlen ein ungerechte Kirg an, aber qozu Ihr recht habet, da laßet nicht ab.“⁴² (...) „Mein lieber Succesor bitte ich umb Gottes willen kein ungerechten krihg^k anzufangen und nicht ein agressör sein den Gott die ungerechte Kriege verbohten und Ihr iemahls müßet rechenschaft gehen von ieden Menschen, der dar in ein ungerechten Krig gebliben ist; bedenk was Gottes gericht scharf ist.“⁴³.

Dabei stand für Friedrich Wilhelm I. im Vordergrund, dass dabei Menschen sterben könnten, was weniger Steuereinträge bedeutete.⁴⁴ Getreu diesem Gedanken reformierte er sein Heer. Er verdoppelte zwar die Anzahl der Soldaten, rief sie aber im Jahr für nur 2-3 Monate zusammen. Die restlichen Monate gingen sie ihrer gewohnten Arbeit nach und sorgten so für fortdauernde wirtschaftliche Erträge für das Königreich.

Dabei halfen ihm die pietistischen Ideale Frömmigkeit, Ehrlichkeit, Fleiß, Zuverlässigkeit, Anstand, Sauberkeit, Geduld, Sittsamkeit, Genügsamkeit, Ordnungsliebe und Pünktlichkeit. Diese Ideale wurden später zu den preußischen Idealen typisiert.

³⁷ Zit. nach: Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. Instruktion König Friedrich Wilhelms I. für seinen Nachfolger, Potsdam, 17. Februar 1722. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. Absatz 235.

³⁸ Vgl. Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. S. 73.

³⁹ Zit. nach: Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. Instruktion König Friedrich Wilhelms I. für seinen Nachfolger, Potsdam, 17. Februar 1722. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. Absatz 235.

⁴⁰ Vgl. Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. S. 73.

⁴¹ Vgl. Koch, Hannsjoachim W.: Geschichte Preußens. München, 1980. S. 141.

⁴² Zit. nach: Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. Instruktion König Friedrich Wilhelms I. für seinen Nachfolger, Potsdam, 17. Februar 1722. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. Absatz 237.

⁴³ Zit. nach: Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. Instruktion König Friedrich Wilhelms I. für seinen Nachfolger, Potsdam, 17. Februar 1722. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. Absatz 239.

⁴⁴ Vgl. Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986 S. 84.

Seine persönliche Herrschaft glitt dabei nie in Tyrannei ab, wurzelte er doch in der tiefen Überzeugung, dass er eines Tages seinem Schöpfer für all sein Tun Rechenschaft ablegen müsse.⁴⁵

Die Nachricht, dass ein kaiserliches Heer in Salzburg einfiel und alle Salzburger Protestanten durchsuchte und teilweise abführte, kam in Windeseile nach Brandenburg-Preußen. Friedrich Wilhelm I., als Herrscher der führenden protestantischen Macht im Reich, erboste sich darüber und lud alle Salzburger Protestanten ein, nach Preußen zu kommen.⁴⁶ Die für Friedrich Wilhelm I. wichtige Glaubensfreiheit verband er so mit seinen ökonomischen Interessen, denn viele Teile seines Landes waren immer noch unterbevölkert. Schon 1721 hatte Friedrich Wilhelm I. ein besonderes Einwanderungsedikt erlassen, wonach Immigranten ausnahmslos drei Jahre Steuerfreiheit und Befreiung vom Militärdienst gewährt wurde. Sie sollten sich bevorzugt in kaum besiedelten Gebieten niederlassen. Dabei wurde ihnen sämtliches Bauholz und 12,5% der Baukosten erstattet.⁴⁷ So verbanden sich christliche Gesinnung und wirtschaftlicher Nutzen zum Vorteil Preußens.⁴⁸ Die Hugenotten behandelte er nicht mehr als religiöse Minderheit, sondern wertete sie in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für den Staat.⁴⁹

„Was die francosen oder Refugirte betrifft, mus mein Succesor die Privilegia, die Kurfürst friderich Wilhelm gegeben confirmiren.“⁵⁰

Auch beim Militär hielt er es mit dieser religiösen Toleranz und gewährte seinen katholischen Soldaten mindestens einmal im Monat einen katholischen Gottesdienst. Friedrich Wilhelm I. wollte mit aller Macht verhindern, dass sein Sohn das Heer verkleinere und kündigte ihm und seinen Nachfolgern im Testament von 1733 schwere Strafen Gottes an, wenn er tatsächlich die Zahl der Soldaten verringere. Wenn er stattdessen im Sinne seines Vaters handele, wäre ihm der Segen seines Vaters sicher. Friedrich Wilhelm I. Gottesvorstellung orientiert sich stark an dem strengen, Gerechtigkeit fordernden Gott des Alten Testaments und bat immer wieder um die Vergebung seiner Sünden. Auch er hatte die Prädestinationslehre der Calvinisten sehr verinnerlicht.⁵¹ Der Mensch sei nicht von vorneherein zum Guten oder Bösen auserwählt, sondern habe es durch seine Taten selbst in der Hand, ob er zu den Auserwählten gehöre.

⁴⁵ Vgl. Koch, Hannsjoachim W.: Geschichte Preußens. München, 1980. S. 121.

⁴⁶ Vgl. Venohr, Wolfgang: Der Soldatenkönig. Revolutionär auf dem Thron. Frankfurt, 1988. S. 297-298. Zum gesamten Einwanderungsedikt vom 2. Februar 1732 siehe S. 311.

⁴⁷ Vgl. Venohr, Wolfgang: Der Soldatenkönig. Revolutionär auf dem Thron. Frankfurt, 1988. S. 302-304.

⁴⁸ Vgl. Venohr, Wolfgang: Der Soldatenkönig. Revolutionär auf dem Thron. Frankfurt, 1988. S. 318.

⁴⁹ Vgl. Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986 S. 81.

⁵⁰ Zit. nach: Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. Instruktion König Friedrich Wilhelms I. für seinen Nachfolger, Potsdam, 17. Februar 1722. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. Absatz 235.

⁵¹ Vgl. Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. S. 74.

ren werde oder nicht. Dabei sah sich Friedrich Wilhelm I. verantwortlich für die Taten seines ganzen Volkes.⁵² In diesem Geiste fühlte er sich auch verantwortlich für die Taten seines ältesten Sohnes Friedrich, der sich in Friedrich Wilhelms Augen nicht gottesgläubig verhielt.

3.4. Friedrich II.

Als aufgeklärter Herrscher stand für Friedrich II. der Staat und nicht der Herrscher an erster Stelle.⁵³ Im Verlauf seiner Regierungszeit konnte jeder so religiös leben, wie er wollte.⁵⁴

Während sein Vater Friedrich Wilhelm seinem Glauben entsprechend nur Gott Rechenschaft schuldete, sah sein Sohn seine Aufgabe darin, nach bestem Wissen im Interesse eines Staates zu handeln, als dessen erster Diener er sich sah. Er war ein religiöser Skeptiker, deshalb wurde ihm „Pflicht“ zu einer Art Ersatzreligion.⁵⁵

Es ist sehr gleichgültig für die Politik, ob ein Souverän Religion hat oder nicht. Alle Religionen sind, wenn man sie betrachtet, auf ein mythisches System gegründet, mehr oder weniger absurd.⁵⁶]

Friedrich II. war ein Deist. Deisten glauben an Gott aus Gründen der Vernunft und kritisieren die Verabsolutierung der Bibel. Sie glauben an die Schöpfung durch einen Gott, nehmen aber an, dass dieser Gott im Folgenden keinen Einfluss mehr auf die Geschehnisse im Universum nimmt. Friedrich II. warnte vor der Vernichtung von Aberglaube und Volksfrömmigkeit zu Gunsten einer Religion der Vernunft. Er sah in der christlichen Moral einen „unverzichtbaren Aktivposten“ für das gesellschaftspolitische Leben. Da die Toleranz für den aufgeklärten, preußischen König aus der Überzeugung entstand, dass alle Religionen gleichgeartete oder ähnliche Moralposten haben, waren für ihn alle Konfessionsunterschiede gegenstandslos. In seinem Verständnis hatte ein Staatsführer darauf zu achten, dass jede Konfession und Religion in seinem Land gleichberechtigt den anderen gegenüber ist.⁵⁷ Er erkannte, dass die Duldung verschiedenartiger Bekenntnisse dem Staat ökonomische Vorteile verschaffe, Intoleranz statt dessen den wirtschaftlichen Kredit ruiniere⁵⁸. Toleranz war für ihn eine Frage der Zweckmäßigkeit und ein Mittel der Staatsräson (Staatszweck).⁵⁹ Toleranz als „ein humanitäres und

⁵² Vgl. Mast, Peter: Die Hohenzollern in Lebensbildern. Graz, 1988. S. 100.

⁵³ Vgl. Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. S. 93.

⁵⁴ Vgl. Kroll, Frank-Lothar: Das geistige Preußen. Zur Ideengeschichte eines Staates. Paderborn, 2001. S. 12.

⁵⁵ Vgl. Koch, Hannsjoachim W.: Geschichte Preußens. München, 1980. S. 152.

⁵⁶ Zit. nach: Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. Politisches Testament König Friedrichs II., Potsdam, 27. August 1752. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. Absatz 315.

⁵⁷ Vgl. Kroll, Frank-Lothar: Das geistige Preußen. Zur Ideengeschichte eines Staates. Paderborn, 2001. S. 14-15. Dieser Topos wird auch in der Ringparabel aus Lessings „Nathan der Weise“ erzählt

⁵⁸ Vgl. Kroll, Frank-Lothar: Das geistige Preußen. Zur Ideengeschichte eines Staates. Paderborn, 2001. S. 21.

⁵⁹ Zit. nach: Kroll, Frank-Lothar: Das geistige Preußen. Zur Ideengeschichte eines Staates. Paderborn, 2001. S. 22.

ein machstaatliches Anliegen gleichermaßen.⁶⁰ Nicht als Frage des Ob, sondern des Wie. Während seine Ahnen religiös Verfolgten Asyl gewährte, räumte es gewährte Friedrich II. auch politisch Verfolgten ein⁶¹. Dieser Durchbruch vollzog sich ab 1740, unabhängig der Konfession, ob Muslim oder Ungläubiger.⁶²

Friedrich II. besaß eine rationale Religiosität die den Rechtfertigungsglauben seiner Vorfahren gänzlich ablehnte.⁶³ Gericke sieht in dem übermäßigen formalistischen Religionsunterricht, dem Friedrich II. ausgesetzt war, einen hauptsächlichen Grund für das Abstumpfen dessen religiöser Empfindung.⁶⁴ Dennoch bleibt er der protestantischen Religion am nächsten verbunden. In seinen „Denkwürdigkeiten zur Geschichte des Hauses Brandenburg“ von 1751 begründet er durch den freiheitlichen Geist und die Unabhängigkeit zum Papst die Vorteile der protestantischen Religion.⁶⁵ Dem Katholizismus gegenüber war er aufgeschlossen und tolerant.

„Ich suche gute Freundschaft mit dem Papst zu halten, um dadurch die Katholiken zu gewinnen und ihnen begreiflich zu machen, daß die Politik der Fürsten die gleiche ist, selbst wenn die Religion, deren Namen sie tragen verschieden ist. Indessen rate ich der Nachwelt, dem katholischen Klerus nicht zu trauen, ohne zuverlässige Beweise seiner Treue zu besitzen.“⁶⁶]

Er blieb jedoch skeptisch, was besonders die Sympathien des schlesischen Klerus‘ für Österreich betraf. Sein Eintreten für die Protestanten hatte auch starke politische Gründe.

„Die große Zahl der Katholiken findet sich in Schlesien. (...) Die Priester sind ziemlich zuverlässige Leute, die Mönche neigen mehr zum Hause Österreich.“⁶⁷

⁶⁰ Zit. nach: Kroll, Frank-Lothar: Das geistige Preußen. Zur Ideengeschichte eines Staates. Paderborn, 2001. S. 28.

⁶¹ Vgl. Kroll, Frank-Lothar: Das geistige Preußen. Zur Ideengeschichte eines Staates. Paderborn, 2001. S. 26.

⁶² Vgl. Heinrich, Gerd: Geschichte Preußens. Staat und Dynastie. Frankfurt am Main, 1981. S. 246-248.

⁶³ Vgl. Gericke, Wolfgang: Glaubenszeugnisse und Konfessionspolitik der brandenburgischen Herrscher bis zur preußischen Union 1540 bis 1815. Bielefeld, 1977. S. 68.

⁶⁴ Vgl. Gericke, Wolfgang: Glaubenszeugnisse und Konfessionspolitik der brandenburgischen Herrscher bis zur preußischen Union 1540 bis 1815. Bielefeld, 1977. S. 70.

⁶⁵ Vgl. Gericke, Wolfgang: Glaubenszeugnisse und Konfessionspolitik der brandenburgischen Herrscher bis zur preußischen Union 1540 bis 1815. Bielefeld, 1977. S. 80.

⁶⁶ Zit. nach: Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. Politisches Testament König Friedrichs II., Potsdam, 27. August 1752. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. Absatz 317.

⁶⁷ Zit. nach.: Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. Politisches Testament König Friedrichs II., Potsdam, 27. August 1752. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986. Absatz 315.

4. Schluss

Nicht alle Herrscher Brandenburg-Preußens verfolgten religiöse Ansichten, aber die Religion spielte bei den ersten drei Landesherrn eine wichtige Rolle. Dabei ergänzte jeder die Bedeutung der Religion um bestimmte Ausprägungen die ihm besonders wichtig waren. Für den großen Kurfürsten, Friedrich Wilhelm, war es die Auserwählung, für seinen Sohn Friedrich III./I. der Glaube an die Prädestinationslehre und das erfolglose Streben nach einer Union der protestantischen Konfessionen. Bei Friedrich Wilhelm I. nahmen die Prädestinationslehre, die Gnadenwahl und der Pietismus großen Einfluss auf das Leben des preußischen Königs. Die pietistischen Ideale, die Friedrich Wilhelm I. auslebte und sie in der Bevölkerung und im Heer verankerte, führten schließlich zu „den“ so genannten preußischen Idealen und entwickelten sich vom religiösen zum gesellschaftspolitischen Ideal und verankerten sich die preußischen Ideale im ganzen Reich als Preußen zur führenden deutschen Macht aufgestiegen war und gelten noch heute als typische Eigenschaften der Deutschen.

Erst der Sohn von Friedrich Wilhelms I., König Friedrich II., der erste nicht-absolutistische Herrscher Preußens, stand die Religion nicht an erster Stelle der Staatsräson.

Ein wichtiger Aspekt, der sich wie ein roter Faden durch die Testamente zieht, ist die religiöse Toleranz. Die Toleranz des zum Calvinismus konvertierten Johann Sigismund, der seiner Bevölkerung ihren lutherischen Glauben ließ, verpflichtete alle folgenden brandenburg-preußischen Herrscher zum Konsens zwischen den Konfessionen. Diese zunehmende Toleranz wurde auch bei den Bündnissen sichtbar. Während Friedrich Wilhelm noch Gewissensbisse hatte, sich mit dem katholischen Frankreich zu verbünden, annektierte Friedrich II. das katholische Schlesien und akzeptierte damit von vornherein, dass aus einer bisher kleinen eine starke katholische Minderheit wurde, die immerhin ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachte.

Die Religion spielte eine wichtige Rolle im Leben der vier erwähnten Herrscher. Der Verdienst der brandenburgisch-preußischen Herrscher ist die Toleranz gegenüber den Konfessionen und die Cleverness zu erkennen, dass diese wesentlich zum Staatswohl beiträgt.

5. Quellen- und Literaturverzeichnis

5.1. Quellenverzeichnis

Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986.

5.2. Literaturverzeichnis

Dietrich, Richard: Die politischen Testamente der Hohenzollern. In: Friedrich Benninghoven (Hg.): Veröffentlichungen aus den Archiven preußischer Kulturbesitz. Band 20. Köln, 1986.

Frey, L. und M.: Friedrich I. Preußens erster König. Graz, 1984.

Gericke, Wolfgang: Glaubenszeugnisse und Konfessionspolitik der brandenburgischen Herrscher bis zur preußischen Union 1540 bis 1815. Bielefeld, 1977.

Heinrich, Gerd: Geschichte Preußens. Staat und Dynastie. Frankfurt am Main, 1981.

Koch, Hannsjoachim W.: Geschichte Preußens. München, 1980.

Kroll, Frank-Lothar: Das geistige Preußen. Zur Ideengeschichte eines Staates. Paderborn, 2001.

Lackner, Martin: Die Kirchenpolitik des Großen Kurfürsten. Witten, 1973.

Mast, Peter: Die Hohenzollern in Lebensbildern. Graz, 1988.

Nachama, Andreas: Preußische Köpfe. Der Große Kurfürst. Berlin 1989.

Oestreich, Gerhard: Friedrich Wilhelm. Der große Kurfürst. Göttingen, 1971.

Venohr, Wolfgang: Der Soldatenkönig. Revolutionär auf dem Thron. Frankfurt, 1988.